

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Finanzausschuss	17.09.2012

Urteil des Bundesfinanzhofes (BFH) zur umsatzsteuerlichen Unternehmereigenschaft der öffentlichen Hand und Umsatzbesteuerung interkommunaler Kooperationen

Die Verwaltung hatte den Finanzausschuss im Rahmen der Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion in der Sitzung am 26.03.2012 (Vorlagen-Nr. 1114/2012) sowie einer Mitteilung in der Sitzung am 14.05.2012 (Vorlagen-Nr. 1723/2012) über die Inhalte der Entscheidung des BFH vom 10.11.2011 (Az. V R 41/10) und die Auswirkungen auf die öffentliche Hand unterrichtet.

Ergänzend hierzu legt die Verwaltung beigefügt ein Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen zu dieser Thematik vor. Die Stellungnahme macht insbesondere die Auswirkungen dieser Rechtsprechung auf viele Formen interkommunaler Zusammenarbeit deutlich.

Der Finanzausschuss wird um Stellungnahme gebeten.

Gez. Klug